

Ungleich unter Gleichen¹

Zu einer gesellschaftstheoretischen Leerstelle in Pikettys „Das Kapital im 21. Jahrhundert“

Ingo Stütze, Stephan Kaufmann

Als Thomas Piketty im Berliner Haus der Kulturen der Welt „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ vor- und zur Diskussion stellte, war der Andrang groß. Zu groß. Hunderte Interessierte mussten wieder nach Hause gehen. Die Veranstaltung war völlig überfüllt. Allein dieses Phänomen ist eine Diskussion wert. Piketty trifft mit seinem Buch und seinen Thesen einen Nerv.² Interessant ist jedoch auch, was im Zuge der Debatte um Pikettys Bestseller nicht diskutiert wird. Joseph Vogl, gern gehörter Interviewpartner, wenn es um die Krise und die Verrücktheiten des gegenwärtigen Kapitalismus geht, brachte als einer der geladenen Diskussionspartner eine Frage auf, die leider weder an diesem Abend, noch in der weiteren Debatte Gegenstand einer tief gehenden Auseinandersetzung wurde. Vogl unterscheidet zwei Perspektiven auf Ungleichheit, eine „von hinten“ und eine „von vorne“, wobei Piketty die Perspektive „von hinten“ einnehme. Vogl führt aus: „Ungleichheit ist gegeben und die Politik wie die Wirtschaftswissenschaften müssen Choreografen entwerfen, um diese Ungleichheit zu minimieren.“ Die andere Perspektive, die „von vorne“, sei hingegen „provokanter“, „weil sie mit einer langen Debatte verbunden ist, die bestimmte Begriffe mit impliziert, wie den der ‚ursprünglichen Akkumulation‘ von Karl Marx – und damit die Frage aufwirft, welche elementaren Enteignungsverhältnisse überhaupt Ungleichheit produziert haben.“³ Die von Vogl aufgeworfene Frage nach den „elementaren Enteignungsverhältnissen“ findet Piketty zwar „interessant“, aber zu „kompliziert“ und weder Piketty noch Vogl kamen im Laufe der Diskussion im Haus der Kulturen der Welt darauf zurück – auch weil Mathias Greffrath, der Moderator, die Provokation abmoderiert: „Ach, das ewige Missverständnis zwischen Deutschen und Franzosen ...“. Im Folgenden soll die von Vogl aufgeworfene Frage aufgegriffen werden, denn sie ermöglicht, die Spezifik kapitalistischer Ungleichheit zu diskutieren, die Piketty gar nicht in den Blick bekommt.

Pikettys Verdienste

Pikettys Verdienste sind unbestritten. Selbst Kritiker gestehen Piketty zu, er habe mit seinem Buch eine wichtige Diskussion angestoßen: „Es macht nichts, wenn Piketty sich irrt“, schreibt etwa Mark Whitehouse. „Die Debatte an sich spiegelt eine wünschenswerte Verschiebung innerhalb der Wirtschaftswissenschaften wider hin zu Fragen, die wirklich wichtig sind.“⁴ Reiterer sagt es drastischer: Der Hype um Piketty „zeigt, dass selbst bei den Kettenhunden des Kapitals ein gewisses Unbehagen herrscht“ (Reiterer 2014, 7). „Die Bourgeoisie leistet sich einen Moment der Selbstreflexion“, so Felix Klopotek in der linken Monatszeitschrift *konkret* (6/2014). Kritik an wie auch Zustimmung zu Pikettys Werk spiegeln also ein reales Problem wider, einen Zwiespalt, in dem sich die gesellschaftliche Elite befindet. Worin besteht das Problem? In der Verfassung, in der sich Ökonomie und Staatsfinanzen in den meisten Industrieländern befinden: Einerseits ist das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Leistung relativ schwach, sowohl in den USA wie auch in Europa

und Japan. Dieser Trend könnte auch anhalten, meint die OECD: Zwischen 2010 und 2020 werde das Wachstum weltweit 3,6 Prozent pro Jahr betragen, in der Zeit bis 2060 jedoch – bei konstanten Trends – auf 2,4 Prozent pro Jahr sinken. Die soziale Ungleichheit wird laut OECD dabei zunehmen.⁵

Wegen des schwachen Wirtschaftswachstums wird es zunehmend schwer, aus den in den vergangenen Jahren akkumulierten Schulden „herauszuwachsen“, sprich: den gestiegenen Schulden eine entsprechend steigende Wirtschaftsleistung gegenüberzustellen, aus der die Schulden bedient werden können. Permanent gefährdet ist damit die Kreditwürdigkeit der Staaten – vulgo: das Vertrauen der Finanzakteure in die finanzielle Solidität von Regierungen. Unter anderem mit den Schulden von Staaten – aber auch von Unternehmen und Haushalten – wachsen die Finanzvermögen immer weiter. Diese Vermögen repräsentieren – als Kredite, Anleihen und andere Formen von Wertpapieren – Forderungen. Sie sind also milliardenschwere Ansprüche auf künftig zu erwirtschaftende Rendite. Werden diese Ansprüche nicht eingelöst, droht ein weiterer Finanz-Crash. Auf diese Weise nimmt die Bourgeoisie zur Kenntnis, dass es eine Überakkumulation gibt, eine Überproduktion von Kapital, d.h. zu viel Kapital gemessen an profitablen Anlagemöglichkeiten.

Teilweise versuchen die Staaten, diese Vermögen zu besteuern. So soll es eine Finanztransaktionssteuer in Europa geben; Steueroasen werden „ausgetrocknet“; die EU und die USA versuchen, es den Unternehmen schwerer zu machen, durch transnationale Konzernstrukturen ihre Steuerlast in jene Länder zu verlegen, wo die Abgaben sehr niedrig sind; den Banken in Europa wird es zur Pflicht gemacht, Milliarden in einen Abwicklungsfonds einzuzahlen, der im Falle von Bankenpleiten einspringt. In Deutschland zum Beispiel werden weitere Ideen diskutiert, wie die Einführung einer Vermögenssteuer oder -abgabe, die Ersetzung der Abgeltungssteuer durch eine progressive Besteuerung von Kapitalerträgen gemäß Einkommensteuer, die Reform der Erbschaftssteuer und die Anhebung der Grundsteuer. 2014 wurde in Frankreich, wo Piketty die Sozialistische Partei berät, eine Reichensteuer von 75 Prozent eingeführt.

Einerseits besteht also eine gewisse Finanznot der Staaten. Andererseits stoßen Versuche der Kapitalbesteuerung zielsicher immer an die gleiche Grenze: Die Konkurrenz der Standorte um Investoren. Alle Staaten wollen Kapital anziehen und für ihr Wirtschaftswachstum nutzen. Kein Staat will die Investoren durch hohe Steuersätze abschrecken. Daraus folgt ein Niedrigsteuer-Wettbewerb der Länder um das „scheue Reh“ Kapital. So betont auch die OECD, dass die Besteuerung „mobiler“ Faktoren wie Kapital in Zukunft zunehmend schwieriger wird. Damit die Steuerbasis der Staaten nicht erodiere, so die OECD, sei eine zunehmende internationale Kooperation der Staaten nötig – also ein Ende oder eine Milderung des Standortwettbewerbs.

Hier setzt Piketty an und wirbt für eine Vermögenssteuer, die international koordiniert durchgesetzt werden soll. Auch wenn dieser Vorschlag – eben wegen des genannten Widerspruchs – einen „illusionären Charakter“ (*Süddeutsche Zeitung*, 17.5.2014) hat, so hat Piketty zumindest eine breite Debatte um die Besteuerung des Reichtums, um Ungleichheit und Umverteilung ausgelöst. Das ist das Verdienst seines Buches. Seine statistischen Daten zur Ungleichheit und Vermögenskonzentration bieten darüber hinaus Stoff, den Kritiker des herrschenden Wirtschaftssystems nutzen können – bleibt die Frage wie, womit wir bereits bei der Kritik wären.

Irrtümer, Leerstellen, ideologische Legenden

Piketty stützt seine Erkenntnisse auf umfangreiches statistisches Material. Er gibt sich weniger als Theoretiker, sondern als quasi neutraler Statistiker, der die Zahlen für sich sprechen lässt. Unter anderem ist seine eingängige Formel $r > g$ nichts als ein statistischer Indikator. Doch sprechen Zahlen niemals für sich, sie müssen interpretiert werden. Und das passiert auch in Pikettys Buch. Ihm zugrunde liegt eine bestimmte Deutung des gesamten Wirtschaftsgeschehens: die sogenannte Neoklassik, die die Universitäten und Lehrbücher beherrscht, der zufolge die freien Kräfte des Marktes zu einem Gleichgewicht tendieren. Dieses stellt dem wirtschaftswissenschaftlichen Mainstream zufolge ein gesellschaftliches Optimum dar, einen Zustand der größtmöglichen Bedürfnisbefriedigung. Dass sein aufbereitetes statistisches Material dem widerspricht, erkennt Piketty durchaus, zieht daraus aber keine theoretischen Konsequenzen. Piketty ist demnach theoretisch nicht nur nicht mit Marx vergleichbar, wie er selbst nicht müde wird zu betonen, sondern nicht einmal mit John M. Keynes, der zumindest einen Bruch mit den theoretischen Grundlagen des neoklassischen Mainstreams vollzog (vgl. Stützle 2009).

Kapitalismus

Piketty steht der herrschenden Wirtschaftsweise gänzlich positiv gegenüber. All seine Kritik an den Zuständen und ihrer Entwicklung soll kein prinzipieller Einwand gegen die kapitalistische Art und Weise von Produktion und Verteilung sein. Der von ihm angestrebte Idealzustand ist ein durch Wirtschaftswachstum gekennzeichnete prosperierende Kapitalismus. Kritik am Wachstum als solchem ist Piketty fremd. Und die Ungleichheit kritisiert er auch nur insoweit, als sie dem Wachstum und der Legitimität des Kapitalismus schaden könnte. In diesem Sinne ist er progressiv und konservativ zugleich: Er will etwas ändern, um die gesellschaftlichen Verhältnisse zu erhalten, wie sie sind. Er will den Kapitalismus vor den Armen schützen – nicht umgekehrt. Das ist nichts, was man „enthüllen“ müsste, sondern sein offen formuliertes „Programm“: „Ich bewundere den Kapitalismus, ich bewundere das Privateigentum und ich bewundere die Marktwirtschaft. Natürlich sehe ich, dass Wirtschaftswachstum vornehmlich im Kapitalismus entsteht. Natürlich hänge ich am Privateigentum, weil es eine Grundlage unserer Freiheit darstellt. Es gab noch niemals so viel Kapital wie heute. Ich war 18 Jahre alt, als die Berliner Mauer fiel. Ich gehöre einer Generation an, die niemals Sympathie für den Kommunismus besaß.“⁶⁶

Bei aller Bewunderung für den Kapitalismus interessiert sich Piketty allerdings nicht für die Besonderheiten dieser Wirtschaftsform, fragt sich nicht, was das ist: Kapitalismus. Auch hat er keinen Begriff von Kapital, setzt er doch Vermögen und Kapital gleich. Ein Stück Land, eine Immobilie, ein Geldbetrag oder eine Produktionsanlage sind für ihn einfach „Besitz“ oder „Eigentum“. Dabei spielt es für ihn auch keine Rolle, in welcher Wirtschaftsform dieses Eigentum existiert und in welcher Weise es die gesellschaftliche Reproduktion organisiert. Seine Formel $r > g$ soll immer gelten, im Feudalismus genauso wie im Kapitalismus. Aber genau diese Borniertheit, Achtlosigkeit gegenüber dem je spezifischen sozialen Charakter des Vermögens führt dazu, dass Piketty zwar die Entwicklung von Ungleichheit historisch nachzeichnen kann, aber immer nur auf bereits vorausgesetzter Ungleichheit, die für ihn „einfach existiert“. Weil Piketty mit Marx zwar kokettiert, ihn aber nicht ernsthaft zur Kenntnis nimmt, geht ihm einiges verloren – und zwar das Wesentliche dessen, was er eigentlich erklären will.

Vermögen ist eine Form von Eigentum. Eigentum ist allerdings kein universelles Prinzip, demzufolge jemand Verfügungsgewalt über eine Sache hat (was in vorkapitalistischen Gesellschaften nämlich so allgemein nicht galt). Vielmehr umfasst das Eigentumsverhältnis auf einer sehr allgemeinen Ebene die Aneignung von Natur durch den Menschen. Dieser Stoffwechsel vollzieht sich mit Hilfe von drei Elementen: Die Natur ist das Rohmaterial, die Instrumente der Bearbeitung der Natur sind die Arbeitsinstrumente, und die Ergebnisse der Bearbeitung von Natur schließlich sind die Früchte, die Mittel zur Reproduktion menschlichen Lebens. Diese drei Elemente sind die objektiven Bedingungen der Produktion. Eine weitere Bedingung ist die Zugehörigkeit jedes Individuums zu einem Gemeinwesen. Denn der Zugang zur Natur, die Aneignung, kann nicht von einem isoliert und vereinzelt aufwachsenden Menschen vollbracht werden. Und die Art und Weise, wie sich das Individuum zu diesen Bedingungen verhält, charakterisiert historisch die je unterschiedlichen Eigentumsverhältnisse. Die Unterschiede zwischen vorkapitalistischen und kapitalistischen Formen der Produktion machen sich nun daran fest, wie sich die Individuen jeweils zu ihren Produktionsmitteln und den Früchten ihrer Arbeit verhalten. Dies wiederum hängt davon ab, wie das Verhältnis des Einzelnen zur Gemeinschaft geregelt ist, d.h. welche gesellschaftliche Form diese Verhältnisse annehmen. Beispiel Mittelalter: Das Eigentum an Produktionsmitteln und an den Früchten der Arbeit ohne Grund- und Bodeneigentum kennzeichnet das Dasein eines Handwerkers als Mitglied einer Zunft; der leibeigene Bauer verfügt zwar über eigene Produktionsmittel und Grund und Boden, muss aber in Form von Naturalabgaben einen Teil der Früchte seiner Arbeit an seinen Leibherren abgeben (oder Frondienste leisten) (vgl. Nuss 2006, 134ff.; Wesel 1982, 24ff.).

Marx kann mit seiner theoretischen Konzeption damit nicht nur kapitalistische von vorkapitalistischen Produktionsweisen unterscheiden – auch Unterschiede innerhalb der letzteren kann er fassbar machen. Für Piketty hingegen sind alle Katzen grau, weil alle irgendwie arbeiten und alle irgendwie vermögend sind – und das schon immer. Piketty verallgemeinert die bürgerlichen Formen in ahistorischer Manier, er erkennt in vergangenen Formen von Vermögen und Ungleichheit nur die bürgerlichen Formen wieder, projiziert diese in die Vergangenheit und stellt sie damit als ewig gültig dar – die bürgerlichen Verhältnisse erscheinen als überhistorische und natürliche zugleich. Mit diesem „Vorgehen“ steht Piketty jedoch nicht alleine. Vielmehr ist es gerade ein Kennzeichen bürgerlicher Theorie, sich nur selten über ihren eigenen historischen Charakter aufzuklären, sondern immer nur über andere Gesellschaften, die historisch oder „kulturell“ vergangen oder weit weg sind.

Was ist nun das Besondere der kapitalistischen Eigentumsformen? Zum einen ist es die Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln, die man als „Ungleichheit erster Ordnung“ bezeichnen könnte. Dabei ist die „Setzung des Individuums als eines Arbeiters in dieser Nacktheit [...] selbst historisches Produkt“ (MEW 41: 384). Die Arbeitskraft wurde erst zur Ware, als die Menschen von den Möglichkeiten der Selbstversorgung per Landwirtschaft ausgeschlossen wurden, sie formal frei und gleich waren, insofern keine persönlichen Besitz- und Abhängigkeitsverhältnisse mehr herrschten. Auf dieses historische Ereignis bezieht sich Vogl in seinem Diskussionsbeitrag, auf die sogenannte ursprüngliche Akkumulation.

Zum anderen zeichnen den Kapitalismus die Bedingungen aus, unter denen das Getrennte (Arbeitskraft/Produktionsmittel) wieder vereinigt wird: Beide – Arbeiter und Produktionsmittel – werden wieder zusammengeführt als Kapital, also als ein soziales Verhältnis, das eine vorgeschossene Wertsumme verwertet, vergrößert (MEW 24, 42). Der

Verwertungszweck ist das wesentliche Unterscheidungsmerkmal kapitalistischer Eigentumsverhältnisse in Abgrenzung zu vorkapitalistischen Epochen, in denen die Produktion „gebrauchswertorientiert“ verlief, es also nicht um eine blind getriebene Dynamik, aus Kapital mehr Kapital zu machen, ging. Gleiches gilt für die Produktivkräfte, deren Entwicklung keine technische, sondern eine gesellschaftliche Frage war. So berichtet Marx im Kapital etwa von Verboten oder noch drastischeren Methoden zur Verhinderung der Steigerung von Arbeitsproduktivität (MEW 23, 451, Fn 194). Auch die Abschöpfung des Mehrprodukts folgte nicht der kapitalistischen Logik: Die Herrschenden beuteten in vorkapitalistischen Gesellschaften für historisch-spezifisch andere Bedürfnisse aus: Für ein repräsentatives Leben, für Gottgefallen durch Stiftung großer religiöser Bauten und um Kriege führen zu können. Das Ziel der Ausbeutung war nicht die Akkumulation von Kapital als Selbstzweck. All diese Unterschiede gehen bei Piketty verloren.

Wie bei Piketty Vermögen einerlei ist, ist es auch die Ungleichheit, und er bewegt sich damit in einem beschränkt aufgeklärten, d.h. bürgerlichen Horizont. Vor dem Kapitalismus, da würde Piketty wohl noch zustimmen, schien Ungleichheit von Gott gegeben, entsprach einer „natürlichen“ Gesellschaftsordnung – nicht einmal die Menschen waren gleich. In einer „aufgeklärten“ Gesellschaft haben es hingegen derartige Legitimationsmuster schwer. An deren Stelle sind jedoch andere getreten, die unter anderem von den großen Köpfen der bürgerlichen Theorie gepflegt werden – auch von Piketty. So etwa, dass Arbeit Eigentum begründet und damit das Vermögen – das gilt als Norm. Erstmals führte John Locke (1632–1704) Eigentum auf Arbeit zurück: „Was immer er also dem Zustand entrückt, den die Natur vorgesehen und in dem sie es belassen hat, hat er mit seiner Arbeit gemischt und ihm etwas eigenes hinzugefügt. Er hat es somit zu seinem Eigentum gemacht“ (Locke 1689, 1998, § 27). Das Theorem findet sich seitdem bis heute nicht nur in der ökonomischen Theorie, sondern ist auch im Alltagsverstand tief verankert – wenn auch nicht widerspruchsfrei. Einerseits scheint Ungleichheit nur durch unterschiedliche Arbeitsleistung erklärbar und deshalb nur durch Arbeitsleistung legitimierbar; andererseits zeigt die Realität, dass dem nicht so ist. Das ist der Hintergrund, warum sich Piketty im Kreis bewegt. So argumentiert er, dass die Ungleichheit wachse, weil Ungleichheit existiert. Er argumentiert zirkulär, ohne zu erklären, wie eine „ursprüngliche“ Ungleichheit überhaupt in die Welt gekommen ist und welche gesellschaftlich-spezifische Ungleichheit den Kapitalismus auszeichnet: Die Trennung der unmittelbaren Produzenten von den objektiven Möglichkeiten der Produktion. Daher hat Piketty über die Art und Weise, wie Ungleichheit im Kapitalismus entsteht und fortbesteht, bemerkenswert wenig zu sagen. Das hat Folgen.

Leistung

Die Quintessenz von Pikettys Analyse zur Ungleichheit und ihrer Entwicklung ist: Mit der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft werden Erbschaften immer wichtiger, und dies werde zu einem Problem. Warum? „Unsere demokratischen Gesellschaften stützen sich in der Tat auf eine meritokratische Weltansicht oder zumindest eine meritokratische Hoffnung, das heißt den Glauben an eine Gesellschaft, in der Ungleichheit auf Verdienst und Arbeit eher denn auf Herkunft und Kapitalrendite beruhen.“ (Piketty 2014, 562)

Es bleibt unklar, ob Piketty diesen Glauben und dieses Weltbild teilt und ob er solch einen „meritokratischen“, also auf dem Leistungsprinzip basierenden Kapitalismus überhaupt für realisierbar hält oder bloß für eine unerfüllbare Hoffnung, nach der man zu-

mindest streben sollte. Wie aber sollte eine solche Meritokratie aussehen? In dieser Welt erhielte jeder seinen „gerechten“ Anteil am Reichtum gemäß seiner „Leistung“. Die Leistung der „Arbeitnehmer“ besteht dabei in ihrer Arbeitsleistung. Die Leistung der Kapitalisten besteht zum einen darin, dass sie Teile ihres Vermögens riskieren – schließlich ist jede Investition mit einem Risiko behaftet. Zum anderen sind die Rendite oder der Zins, die sie erzielen, die Belohnung für Konsumverzicht – schließlich hätte der Kapitalist mit dem Geld sich auch ein schönes Leben machen können. So die herrschende Erzählung, die mehrere Irrtümer enthält.

Zum Risiko: Es stimmt zwar: Wer sein Geld verleiht, geht das Risiko ein, dass er sein Geld nicht wiedersieht. Und je größer dieses Risiko ist, umso mehr Zins wird tendenziell verlangt. Aber das heißt noch nicht, dass der Zins der „gerechte Lohn“ für das Wagnis ist. Tatsächlich verhält es sich umgekehrt: Die Kapitalisten wollen ihr Geld vermehren, eine Rendite erzielen. Das ist ihr Ziel. Dafür müssen sie allerdings ein Risiko eingehen. Ihr Gewinn ist daher nicht der Ausgleich für ein Risiko, umgekehrt ist das Risiko die Bedingung des Gewinns. Das Profitmotiv steht am Anfang. Auch ein Autokonzern will nicht Autos produzieren und verteilen, geht daher ein Risiko ein und erhält den Gewinn „als Ausgleich“ für das Risiko. Das Risiko ist übrigens keine Naturgegebenheit, sondern gesellschaftlich bedingt: Riskant ist eine Investition im Kapitalismus, weil alle Konkurrenten Gewinne erzielen wollen und gegeneinander um Marktanteile kämpfen, aber nicht alle es schaffen können. Allgemein gesprochen: In einer Gesellschaft, in der die Produktion nicht kooperativ-politisch geregelt ist, sondern in der Waren für einen anonymen Markt produziert werden, stellt sich immer erst im Nachhinein heraus, ob sich die Investition gelohnt hat, ob sich das produzierte Produkt verkauft. Das unternehmerische Risiko entsteht also nicht allein durch die Ausrichtung auf Profit, sondern bereits durch die Produktion für einen anonymen Markt.

Zum Konsumverzicht: Der Zins oder die Rendite sind nicht die Ausgleichszahlung dafür, dass der Investor das Geld investiert, anstatt mit ihm einkaufen zu gehen. Der Zins als „Belohnung für Konsumverzicht“ – dahinter steht die Vorstellung, die Vermögenden wollten eigentlich Jachten, Schlösser, Kaviar und Sportwagen kaufen, verzichten aber darauf zugunsten einer Investition. Das ist eine verwegene Vorstellung. Als sei das weltweit angelegte Finanzvermögen von etwa 200 Billionen US-Dollar eigentlich für eine Shopping-Tour gedacht. Als sei das beispielsweise im Volkswagenkonzern angelegte Kapital eigentlich ein Einkaufsbudget eines gedachten Kapitalistenhaushaltes. Die Annahme „Gewinn = Belohnung für Konsumverzicht“ basiert auf der Idee, Geld sei eigentlich bloß Kaufmittel und negiert den unmittelbaren Zweck, den das Geld als Kapital – und wir leben nun mal im Kapitalismus – hat: Es soll beständig mehr werden, akkumulieren. Kapital ist eben kein Ding, sondern eine permanente Bewegung.

Zum Lohn: Das Einkommen der Menschen soll ihrer Leistung entsprechen. Für Arbeitnehmer läuft dies auf den Glauben an einen „leistungsgerechten Lohn“ hinaus. Diese außerordentlich beliebte Idee zählt zu den zentralen Legitimations-Ideologien des Kapitalismus. Ihr liegt die Vorstellung zugrunde, dass der Lohn die Leistung, sprich die Arbeit bezahlt und der Arbeitende damit gerecht entlohnt ist oder sein sollte. Dass dem nicht so ist, erkennt man schon daran, wie „Leistung“ gemessen wird. Worin besteht die „Leistung“ der Arbeitenden? In der produzierten Stückzahl pro Stunde? Keineswegs. Denn wenn die produzierten Güter nicht verkauft werden, ist die Leistung gleich null, soviel auch gearbeitet wurde. „Streng genommen gibt es gar keine feste Leistung. Denn was eine konkrete Anstrengung ökonomisch wert ist, hängt davon ab, ob sie oder ihr Produkt am

Markt nachgefragt wird und welcher Preis dafür gezahlt wird. Wächst die zahlungsfähige Nachfrage, wird die Anstrengung mehr wert“, so Gert G. Wagner, Ökonom am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (*Berliner Zeitung*, 18.4.2014) Wenn jemand arbeitet, und sein Produkt verkauft sich nicht, so „hat er sich ohne Zweifel angestrengt, aber ökonomisch gesehen keine Leistung abgeliefert.“ Leistung oder Produktivität hängen demnach vom Markterfolg des Unternehmens ab – ob das Unternehmen einen Gewinn erzielt. „Produktivität ist letztlich kein Maß für den Fleiß und die Anstrengung der Belegschaft, sondern für den Erfolg des Unternehmens.“

Was Gert G. Wagner hier beschreibt, analysiert Marx in seinem Hauptwerk *Das Kapital* (das Piketty nach eigenen Aussagen zu kompliziert ist: „Ich habe es nicht geschafft, das jemals wirklich zu lesen. Ich weiß nicht, ob Sie versucht haben, das zu lesen? Haben Sie's versucht?“).⁷ Der Lohn bezahlt nicht die Arbeit, sondern die Verfügung über die Arbeitskraft über eine bestimmte Zeit. Während der Arbeitszeit wendet das Unternehmen die Arbeit an, um damit Gewinn zu machen – also aus den Arbeitenden eine Leistung herauszuholen, deren Geldertrag über dem liegt, was sie als Lohn erhalten. Das ist deshalb möglich, weil nur die Verfügung über das Arbeitsvermögen (Arbeitskraft) bezahlt wird und die Arbeitenden eben nicht erhalten, was dem durch die Arbeit geschaffenen Wertprodukt entspricht. Deshalb ist es auch erst möglich, dass sich der Erfolg des Unternehmens am Gewinn bemisst – also an dem, was die Arbeitenden gerade nicht erhalten: an der Mehrarbeit. Der Kampf um Anteile am gesellschaftlichen Einkommen läuft permanent, ihm zugrunde liegt eine negative Abhängigkeit: Kapital und Arbeit brauchen sich gegenseitig, stehen aber gleichzeitig in einem Gegensatz zueinander.

Harmonie

Der Reichtum im Kapitalismus entsteht, indem die Lohnabhängigen mehr produzieren als sie erhalten und sich dadurch das Kapital verwerten kann. Die Höhe des Lohns bemisst sich nicht am individuellen Arbeitsaufwand oder dem konkreten Arbeitsprodukt, sondern wesentlich an den Machtverhältnissen auf dem Arbeitsmarkt. Wenn die Arbeitslosigkeit hoch ist, konkurrieren viele Job-Suchende um die wenigen Stellen. Dies ermöglicht den Unternehmen, den Lohn zu drücken, und umgekehrt: Wenn Arbeitskräfte knapp sind, können die Gewerkschaften höhere Löhne durchsetzen. Dass sich der Lohn an den Machtverhältnissen auf dem Arbeitsmarkt orientiert, ist der ganze Grund dafür, dass sich die Arbeitenden zu Gewerkschaften zusammengeschlossen haben, um ihre individuelle Erpressbarkeit zu mindern.

Dennoch sitzen die Lohnabhängigen bei diesen Verhandlungen tendenziell am kürzeren Hebel, denn sie haben kein Vermögen oder andere Möglichkeiten, ihre Existenz zu sichern, als über den Verkauf ihrer Arbeitskraft. Bei Piketty ist dieser „Zustand“, dieses gesellschaftliche Verhältnis, diese „Ungleichheit erster Ordnung“ einfach vorausgesetzt: Die Kapitalisten „haben eben“ Kapital, die lohnarbeitende Bevölkerung „ist eben“ eigentumslos. Das ist für Piketty – wie für den gesamten ökonomietheoretischen Mainstream – quasi ein natürlicher Zustand. Wie oben skizziert, ist diese Teilung in Mittellose auf der einen Seite und Vermögende auf der anderen Seite nicht naturgegeben, sondern musste historisch erst durchgesetzt werden. Die Verteilung der „Produktionsfaktoren“ Kapital und Arbeit aber ist nicht Gegenstand der neoklassischen Theorie – auch bei Piketty nicht. Für Piketty gibt es schon gar keine Klassen mehr, keinen Gegensatz von Kapital und Arbeit. Für ihn besteht die Gesellschaft lediglich aus Individuen mit mehr oder we-

niger „Reichtum“. Es findet sich nur ein quantitativer Unterschied, weil Arbeitende auch Vermögen haben und Kapitalisten auch arbeiten – nur eben unterschiedlich ausgeprägt. Dabei geht unter, dass das Eigenheim eines Lohnabhängigen eine ganz andere qualitative Form des Reichtums ist als die Autofabrik des Kapitalisten. Nach Piketty aber leisten beide eben ihren Beitrag zum großen Ganzen, zur Steigerung der „Wirtschaftsleistung“. Das Bruttoinlandsprodukt erscheint als Gemeinschaftsleistung. Damit sind alle Gegensätze ausgelöscht.

Gerechtigkeit

Eine „Meritokratie“ – also eine „gerechte“ Entsprechung von Leistung und Einkommen – gibt es nie im Kapitalismus. Die Idee eines leistungsgerechten Einkommens ist aber nützlich: Sie rechtfertigt Verhältnisse, in denen zwar über gerechte Löhne diskutiert wird, aber nicht über die Verfügungs- und Machtverhältnisse, die den Einkommen tatsächlich zugrunde liegen und diese regulieren. Um diese Legitimationsfunktion geht es Piketty, wenn er vor wachsender Ungleichheit warnt. Was sieht er als zentrales Problem der wachsenden Ungleichheit und der Konzentration des Reichtums? Die Tatsache, dass sich der Reichtum immer mehr über Erbschaften verteilt und nicht über die Leistung. Damit – und erst damit – wird für Piketty Ungleichheit zur Ungerechtigkeit und zum Problem. Denn Erbschaften sind nicht-marktvermittelte Eigentumsübertragungen, die er für schändlich hält. Er fordert, dass allein der Markt über die Einkommensverteilung entscheidet. Der Markt ist für ihn die zentrale Gerechtigkeits-Instanz: Marktergebnisse sind gerechte Ergebnisse.

Piketty lässt, wie bereits erwähnt, die Leser im Unklaren darüber, ob er selbst solch eine Meritokratie für möglich hält. Retten will er allerdings den Glauben daran: „Dieser Glaube und diese Hoffnung spielen eine ganz zentrale Rolle in der modernen Gesellschaft – aus einem einfachen Grund: In Demokratien steht die proklamierte Gleichheit der Bürgerrechte in eklatantem Kontrast zur faktischen Ungleichheit der Lebensbedingungen. Um aus diesem Widerspruch hinauszutreten, liegt es in ihrem vitalen Interesse, dass Ungleichheiten sich aus rationalen und universalen Prinzipien ergeben und nicht aus willkürlichen Kontingenzen. Ungleichheiten müssen daher angemessen sein und allen zugutekommen ... – in der Ordnung des Diskurses und, soweit wie möglich, auch in der Realität.“ (Piketty 2014, 562) „Zudem betrifft der meritokratische Glaube, die Ungleichheit in modernen Gesellschaften seien gerechtfertigt, beileibe nicht nur die Spitze der Hierarchie, sondern auch Diskrepanzen zwischen Unterschichten und Mittelschichten.“ (Ebd., 556)

Mit einer Vermögenssteuer will Piketty die liberale Ideologie – jeder ist seines Glückes Schmied, jeder wird nach seiner Leistung gerecht entlohnt – vor den Marktergebnissen retten. Er will den Menschen den Glauben an einen gerechten Kapitalismus wiedergeben, oder zumindest die Hoffnung, die ja bekanntlich zuletzt stirbt. Pikettys Warnung vor der Ungleichheit reduziert sich auf einen einzigen Einwand: Wenn der Glaube an eine leistungsgerechte Gesellschaft mit legitimen Unterschieden im Einkommen schwindet, dann zweifeln die Menschen daran, dass im Kapitalismus eigentlich alles seine Richtigkeit hat und die Unterschiede zwischen Arm und Reich letztlich gerecht sind. Piketty argumentiert wie ein gewiefter Herrschaftstechniker, der sich um die Dienstbarkeit und die Motivation der eigentumslosen Massen Sorgen macht. Das unterscheidet ihn auch wesentlich von anderen Theoretikern, die zu Ungleichheit arbeiten und denen zumindest eine gewisse Wut auf die sozialen Folgen der ungleichen Verhältnisse anzumerken ist. Etwa bei Göran Therborn (2013, 21, 14): „Ungleichheit bedeutet immer, dass irgendjemand

von irgendetwas ausgeschlossen ist. Sofern die Ungleichheit Menschen nicht buchstäblich umbringt oder sie verkümmern lässt, bedeutet sie Ausschluss.“ – „Die empirischen Belege sind unstrittig: Ungleichheit tötet.“ Eine derartige Empörung ist bei Piketty nicht zu finden, vielmehr sind diese Entwicklungen Ausgangspunkt seiner Sorge um die Integrationskraft der Gesellschaft. Pikettys Buch und seine Daten können daher von Linken nur für ihre Zwecke „missbraucht“ werden. Piketty ist politisch wie theoretisch konservativ, auch wenn er sich dem Thema Ungleichheit widmet.

Erfolg

Die von Piketty beworbene Leistungsideologie bewegt sich – vor allem in Deutschland – in einem gefährlichen Kontext. Leistungsideologie geht Hand in Hand mit einem Wohlstandschauvinismus, der sich europaweit in Rassismus und einem Hass auf vermeintlich „unproduktive“ Menschen ausdrückt, zum Beispiel auf „faule Griechen“.⁸ Denn die Idee leistungsgerechter Einkommen hat eine Kehrseite: Wenn der Markt anerkannt wird als Instanz zur Bewertung von Leistung, dann kann wirtschaftlicher Misserfolg stets mit mangelnder Leistungsfähigkeit und -bereitschaft erklärt werden. Griechenland ist in der Krise? Dann haben die Griechen wohl nicht hart genug gearbeitet. Jemand ist arbeitslos? Dann hat er sich wohl nicht genug angestrengt. Jemand verdient wenig? Dann ist er wohl nicht mehr wert. Jemand verdient sehr viel Geld? Dann ist er wohl eine hervorragende Persönlichkeit, die über die gängigen „Fähigkeiten“ verfügt: Leistungsfähigkeit, Durchsetzungsfähigkeit, Teamfähigkeit, kurz: Erfolgsfähigkeit. Jedes Marktergebnis kann so durch quasi natürliche, persönliche Eigenschaften der Individuen erklärt und damit gerechtfertigt werden. Erfolg und Misserfolg werden so zu einer Frage des Charakters (vgl. Kaufmann 2005). Damit wird jeder Kritik am Wirtschaftssystem der Zahn gezogen. Wer Erfolg hat, darf stolz auf sich sein und auf die Misserfolgreichen herabschauen. Wer scheitert, darf die Gewinner der Konkurrenz bewundern und muss sich schämen – also die Kritik gegen sich selbst wenden.

Dies ist eine Entwicklung, die die Mittelschichten mittragen. Der Soziologe Theodor W. Adorno nannte es einst den „autoritären Charakter“, der die soziale Position dadurch erhalten möchte, dass er nach oben buckelt und nach unten tritt. Das ist eine gefährliche Entwicklung, der man nicht adäquat begegnet, wenn man für Leistungsgerechtigkeit und gegen leistungslose Einkommen wettet – so „links“ diese Kritik bisweilen auch klingen mag. Im Gegenteil müssen die zentralen Werte der bürgerlichen Gesellschaft wie Konkurrenz, Leistung, Aufstiegswille etc. selbst kritisiert werden.

Was Veränderungen bewirkt

Einer der großen Befürworter Pikettys ist US-Nobelpreisträger Paul Krugman, auf den ein großer Teil des Piketty-Hypes zurückgehen dürfte. Zwar argumentiert Piketty derart neoklassisch, dass er dafür auch von Krugman, einem sogenannten Neukeynesianer, kritisiert werden müsste. Dennoch ist Krugman voll des Lobes für Pikettys Buch, weil er darauf setzt, dass die darin dokumentierte eklatante Entwicklung der Ungleichheit einen Veränderungswillen provozieren muss – hin zu mehr Umverteilung, zu „weniger Markt“ und „mehr Staat“. Piketty soll damit die gleiche Wirkung entfalten wie John Maynard Keynes, dessen Schriften nach dem Zweiten Weltkrieg die Wirtschaftspolitik in den westlichen Industriestaaten wesentlich veränderten und prägten. So zumindest verläuft die gängige

Erzählung – die allerdings nicht stimmt. Denn Keynes' Hauptwerk Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes erschien erst Jahre nachdem in den USA die ersten New-Deal-Maßnahmen ergriffen worden waren. Keynes „legitimierte“ also nur im Nachhinein wissenschaftlich das, was politisch bereits praktiziert wurde.

Noch bis 1932 hatte US-Präsident Franklin D. Roosevelt jede schuldenfinanzierte Staatssintervention abgelehnt. Welches Argument überzeugte die Politiker aber? Nicht Keynes' Argumente, sondern die Klassenkämpfe, die in den USA wüteten und viele Menschen politisierten: Neben einer radikalen, großen Arbeitslosenbewegung, die auf Selbstorganisation setzte, streikten trotz drohendem Jobverlust Millionen von Lohnabhängigen (vor allem in der Autoindustrie). Ein effektives Mittel in den Fabriken waren die berühmten Sit-Down-Streiks. Die Arbeitskämpfe zogen weitere soziale Kämpfe nach sich und machten die Gewerkschaften stark, die Zahl der Mitglieder vervielfachte sich. Das Kapital war gezwungen, die Gewerkschaften als „Tarifpartner“ anzuerkennen, und der Kongress sah sich genötigt, einen Mindestlohn und die 40-Stunden-Woche zu verabschieden (vgl. Brecher 1972, 131ff.; Piven/Cloward 1977; McElvaine 1984).

Bleiben die Zwangsmaßnahmen der sozialen Kämpfe in der Krise aus, dann können dem Staat keine Zugeständnisse abgerungen werden, dann bleibt Politik die Politik des Kapitals – und auch bescheidene Ziele wie eine Vermögenssteuer Illusion. Für Linke bleibt dann nur die Hoffnung, dass ihre Argumente gehört werden, selbst wenn sie von liberalen Ökonomen wie Piketty vorgetragen werden. Das ist wohl einer der Gründe, warum die Aufmerksamkeit für solche Bücher auch bei der Linken derart groß ist. Ob sich allerdings die Dinge in die richtige Richtung bewegen, darüber entscheiden nicht so sehr Bestseller und Feuilletondebatten, sondern soziale Kämpfe.

Literatur

- Brecher, Jeremy (1972): Streiks und Arbeiterrevolten. Amerikanische Arbeiterbewegung 1877–1970, Frankfurt/M. 1975.
- Kaufmann, Stephan (2005): Ökonomische Krise als Charakterfrage. In: Prokla 140, 35.Jg., H.3, 463–470.
- Kaufmann, Stephan/Stütze, Ingo (2014): Kapitalismus: Die ersten 200 Jahre. Thomas Pikettys ›Das Kapital im 21. Jahrhundert‹ –Einführung, Debatte, Kritik, Berlin.
- Locke, John (1689): Zwei Abhandlungen über die Regierung, Frankfurt/M. 1998.
- McElvaine, Robert S. (1984): The Great Depression: America, 1929–1941, New York.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich: Werke [MEW], herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zk der SED, Berlin 1956ff.
- Nuss, Sabine (2006): Copyright & Copyriot. Aneignungskonflikte um geistiges Eigentum im informationellen Kapitalismus, Münster.
- Piketty, Thomas (2013): Das Kapital im 21. Jahrhundert, München 2014.
- Piven, Francis Fox/Cloward, Richard A. (1977): Aufstand der Armen, Frankfurt/M. 1986.
- Reiterer, Albert F. (2014): Der Piketty-Hype – »The great U-Turn«. Piketty's Kapital und die neoliberale Vermögenskonzentration, Bergkamen.
- Stütze, Ingo (2009): To be or not to be a Keynesian – ist das die Frage? Kritik und Grenzen wirtschaftspolitischer Alternativen, in: Prokla 157, 39.Jg., H.4, 607–623.
- Wesel, Uwe (1982): Die Entwicklung des Eigentums in früheren Gesellschaften. In: Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft, 81.Jg., H.1, 17–38.

Anmerkungen

- 1 Dieser Beitrag beruht auf einem Kapitel aus dem Buch Stütze und Kaufmann (2015): „Kapitalismus: Die ersten 200 Jahre“, 2. Auflage, Bertz + Fischer.
- 2 Welche Faktoren den Piketty-Hype beeinflussen, diskutieren wir in Kaufmann/Stütze 2014: 57ff.
- 3 Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/2014, 62f.
- 4 Bloomberg View, 28.5.2014, <http://www.bloombergview.com/articles/2014-05-28/it-doesn-t-matter-if-piketty-is-wrong>.
- 5 OECD: Shifting Gears. Policy Note No. 24. Juli 2014. www.oecd.org/eco/growth/Shifting%20gear.pdf.
- 6 <http://blogs.faz.net/fazit/2014/05/25/oekonomen-im-gespraech-4-thomas-piketty-ueber-vorzuege-des-kapitalismus-nachteile-hoher-ungleichheit-und-die-kosten-von-100-jahren-austeritaet-3988/>.
- 7 <http://www.newrepublic.com/article/117655/thomas-piketty-interview-economist-discusses-his-distaste-marx>.
- 8 <http://www.zag-berlin.de/antirassismus/archiv/60faule-griechen.html>.



Mitglied sein bringt's!

- Wir verhandeln **175 Kollektivverträge** pro Jahr.
- **1,3 Mio. Beschäftigte profitieren** von sicheren Gehältern, Urlaubs- und Weihnachtsgeld.
- **100 Mio. Euro erkämpfen** wir an Rechtschutzleistungen für unsere Mitglieder.
- Wir bieten **Rechtsschutz und Rechtsberatung** in allen arbeitsrechtlichen Angelegenheiten.

www.gpa-djp.at/mitgliedwerden



GPA djp
GEWERKSCHAFT DER PRIVATANGESTELLTEN
DRUCK - JOURNALISMUS - PAPIER

Für alle, die mehr wollen!